

APA-AUSSENDUNG 7.7.2008

Neuwahl: Rektoren gegen einseitige Abschaffung der Studiengebühren

Wien (APA) - Gegen eine „einseitige Abschaffung der Studiengebühren ohne gleichzeitige finanzielle Kompensation für die Unis im selben Rechtsakt“ spricht sich der Vorsitzende der **Universitätenkonferenz (uniko)**, Christoph Badelt, aus. Eine solche Vorgangsweise wäre ein „absolutes Desaster“ für die Unis, so Badelt gegenüber der APA. An der Wirtschaftsuniversität (WU), deren Rektor er ist, würden die Einnahmen aus den Studiengebühren rund 15 Prozent des Budgets ausmachen.

Zum Neuwahl-Beschluss meinte Badelt: „Die Unis wünschen sich eine handlungsfähige Regierung. Wenn sie nicht mehr handlungsfähig ist, wünschen wir uns eine neue, handlungsfähige Regierung.“ Beim im Uni-Bereich zuletzt diskutierten Entwurf einer Novelle zum Universitätsgesetz (UG) habe er nicht den Eindruck, dass es in diesem Bereich unüberwindbare Hindernisse zwischen VP und SP gegeben habe: „Am UG ist die Regierung nicht zerbrochen.“ Zwar habe er den Eindruck gehabt, dass in den letzten zwei bis drei Wochen nicht mehr wirklich darüber verhandelt worden sei. Er wisse aber nicht, ob dies nicht politische Taktik gewesen sei und man sich im Herbst dann zusammengesetzt und innerhalb eines Tages geeinigt hätte. Eine Reform des UG wäre zwar gut gewesen – „die Welt wird aber nicht untergehen, wenn alles so bleibt, wie es jetzt ist“.

Von einer neuen Regierung erwartet sich Badelt eine Lösung der Finanzierungs- und Zugangsproblematik. Er hoffe, dass sich die Parteien im Wahlkampf nicht in populistischen Versprechungen übertreffen würden, auf die sie nachher einzementiert wären. aku/ks

APA0295 2008-07-07/13:26